

Herrschaft. Macht. Geschichte – Internationale Tagung zur Politik mit dem Vergangenen

Veranstalter: Institute für Zeitgeschichte und Staatswissenschaft der Universität Wien, die Österreichische HochschülerInnenschaft, der Verein „Gedenkdienst“ und die Stadtzeitung „Falter“

Datum, Ort: 07.11.2006-09.11.2006, Wien

Bericht von: Elisabeth Kübler, Universität Wien / Lauder Business School, Wien

Vom 7. bis zum 9. November fand im Kleinen Festsaal der Universität Wien eine Konferenz mit dem Titel „Herrschaft. Macht. Geschichte – Internationale Tagung zur Politik mit dem Vergangenen“ statt, für die die Institute für Zeitgeschichte und Staatswissenschaft der Universität Wien, die Österreichische HochschülerInnenschaft, der Verein „Gedenkdienst“ und die Stadtzeitung „Falter“ als VeranstalterInnen fungierten. Der 9. November, an dem im Jahr 1938 die Novemberpogrome stattfanden, die Waldheim-Debatte, die sich inzwischen zum zwanzigsten Mal jährt und für die österreichische zeithistorische sowie vergangenheitspolitische Debatte die herausragendste Zäsur darstellt, aber auch die laufenden Diskussionen um die Errichtung eines „Hauses der Geschichte“ bildeten den Rahmen für diese Veranstaltung, die mit einem inhaltlich äußerst vielfältigen Programm aufwartete.

Nach dem Eröffnungsvortrag („Die Sehnsucht nach dem hohen Ton“) durch die in Wien und Berlin lebende Schriftstellerin Marlene Streeruwitz gliederte sich die Konferenz in drei Vortragstypen. Im Rahmen von am ersten und zweiten Tag stattgefundenen Key Lectures wurden größere Linien der Vergangenheitspolitik in Deutschland (Wolfgang Wippermann) und in Israel (Moshe Zuckermann) nachgezeichnet. Über den gesamten Tagungszeitraum verteilten sich sieben Panels mit jeweils zwei Vortragenden und einem/r DiskutantIn zu einer breiten Themenpalette. Abgeschlossen wurden der erste und zweite Tag jeweils durch eine Podiumsdiskussion, bei denen sich unter der Leitung von Nina Weissensteiner (Der Falter) und Barbara Tóth (Der Standard) WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen in die populärwissenschaftlich-politische Diskussion um den Umgang mit dem Nationalsozialismus und der Zweiten Republik in Österreich einklinkten. Das Publikum hatte während der gesamten Veranstaltung ausreichend Möglichkeit Fragen zu stellen und mitzudiskutieren, wo-

bei positiv hervorzuheben ist, dass das so genannte „Reisverschlussprinzip“ angewendet wurde und nach der Meldung eines Mannes immer eine Frau zu Wort kam.

Mit seiner Key Lecture „Die deutsche Staatsideologie. Zur Konzeption des Totalitarismus“ bot Wolfgang Wippermann (Freie Universität Berlin) eine äußerst gelungene Skizzierung des zentralen Ideologems bundesdeutscher Vergangenheitspolitik: der Antitotalitarismus. Eine grobe Lesart der totalitarismustheoretischen Werke von Hannah Arendt, Carl-Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski habe jene antitotalitaristische Grundhaltung der west- und später gesamtdeutschen „Feindbild-Demokratie“ geschaffen, wodurch nicht nur Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus verwischt, sondern beispielsweise auch das KPD-Verbot im Jahre 1956 ermöglicht und, da die Exekutive in Deutschland eine stärkere Einschränkungsbemächtigung hat als in den USA, auch die Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten vorgenommen wurden. Die antitotalitaristische negative Selbstdefinition, die laut Wippermann zum Dogma unter deutschen VerfassungsrechtlerInnen gerann, erfuhr mit der Ostpolitik Willy Brandts und jüngerer Forschungsergebnissen zum Nationalsozialismus (z.B. Zerstörung der Weimarer Republik nicht von Links und von Rechts, sondern von Oben und von der Mitte, polykratische NS-Herrschaftsstruktur, Singularität des Holocausts) zwar gewisse Sprünge, bestimmte allerdings seit dem Historikerstreit und besonders in den 1990er Jahren wieder die Debatte (z.B. Extremismus als Tarnbegriff für Totalitarismus, Einordnung des SED-Regimes in der DDR als totalitaristisch in völliger Verkenntnis der Unterschiede zum NS, weg von den Opfern des NS zu den Opfern des Krieges, Ostdeutsche als „Opfer der braunen und der roten Diktatur“). Wippermann resümierte, dass der hegemoniale Totalitarismusbegriff letztlich von der tatsächlichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen in Rostock 1992, mit den „national befreiten Zonen“ und mit dem in allen Bevölkerungsschichten verbreiteten Rassismus und Antisemitismus ablenke.

Moshe Zuckermann (Universitäten Tel Aviv und Luzern) begann seine Key Lecture „Geschichte, Herrschaft und Ideologie. Zur Anatomie kollektiver Erinnerung“ mit einer theoretischen Einführung zu Prozessen der Vereinheitlichung von Erinnerung in modernen Gesellschaften trotz ihrer Heterogenität und Pluralität sowie zum Spannungs-

feld von Gesamtperspektiven und partiellen Perspektiven auf historische Ereignisse. Im Folgenden fokussierte Zuckermann die „Parzellierung des Shoah-Gedächtnisses“ in Israel. Beispielhaft führte er einen Disput zwischen dem Vorsitzenden der staatlichen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem Avner Shalev, der den Zionismus nicht als einzige Antwort auf die Shoah betrachtet, und der ehemaligen israelischen Erziehungsministerin Limor Livnat (2001-2006), die diese Sichtweise ablehnt. Zuckermann arbeitete erhebliche Differenzen zwischen dem offiziellen Sprechen über die Shoah in Israel und partikularen Erinnerungsformen (z.B. nicht-zionistische Orthodoxe; orientalische und äthiopische JüdInnen, die in den meisten Fällen keine unmittelbare Holocaust-Erfahrung in ihren eigenen Familien haben, aber kollektive Solidarität üben; JüdInnen, die in der ehemaligen Sowjetunion sozialisiert wurden; israelische AraberInnen) heraus.

In die Diskussion der sieben Panels führten Marcel Fink (Universität Wien) und Oliver Rathkolb (Ludwig Boltzmann Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Wien) zunächst eine europäische Perspektive unter dem Titel „Creating a common Europe. Konstruktionen einer gesamteuropäischen Identität“ ein. Fink beschäftigte sich mit dem „Europäischen Sozialmodell“, das weniger der empirischen Realität und vielmehr einer politischen Legitimationsstrategie zur Vorantreibung der Marktintegration in der EU entspricht. Oliver Rathkolb wiederum warf einen kritischen Blick auf das „Friedensprojekt Europa“. Trotz der „Friedensprojektrhetorik“ im EU-Verfassungsentwurf ortete Rathkolb eine Erosion des Friedensprojektnarratives als die zentrale europäische Meistererzählung. Am Beispiel des Irak-Krieges lassen sich einerseits innereuropäische Differenzierungen (kriegsbefürwortende und -untersützende versus kriegsablehnende Staaten) und andererseits eine zivilgesellschaftliche Orientierung bei der Umsetzung des „Friedensprojektes Europa“ erkennen. Dabei verfiel Rathkolb in keine kritiklose Idealisierung aller Friedensbewegungen. Seine Conclusio lautete dementsprechend, dass Europäisierung per se nicht Pazifisierung bedeuten muss.

Ebenfalls betont werden muss das Panel „Kriegsgeschichte(n). Die Gedächtnisse des Jugoslawienkriegs“. Während sich Sabine Riedels (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) Vortrag über „Interpretationen zum Jugoslawienkrieg“ mit

einem Schwerpunkt auf die ethnische Parzellierung des bosnischen Staates und das Fehlen einer politischen Nationsdefinition eher in konventionellen Bahnen bewegte, rüttelte Walter Manoschek (Universität Wien) nachhaltig an der Mainstream-Historiografie zu Srebrenica 1995 („Mythos Srebrenica“). Anhand einer Sequenz aus einem Erschießungsvideo, das nicht nur in Bosnien als Gewaltfilm feilgeboten wird, sondern auch in Den Haag just einen Monat vor dem zehnten Jahrestag der Ereignisse von Srebrenica von der Anklagevertretung fälschlicherweise als Beweismittel herangezogen wurde, zeigte Manoschek die dramatische Einseitigkeit vor allem westlicher MedienvertreterInnen, aber auch WissenschaftlerInnen in Bezug auf den Bosnienkrieg auf. Die vom Vortragenden skizzierte serbophobe Front formte nicht nur den Gründungsmythos der bosnischen Opfernation, sondern leistete auch der völkerrechtswidrigen Bombardierung Belgrads 1999 Vorschub.

Im Rahmen der weiteren Panels setzten sich Emmerich Tálos und Siegfried Mattl (beide Universität Wien) mit „De(m) langen Schatten des Austrofascismus“ auseinander. Beide Vortragende fokussierten dabei auf das „Ständestaat-Paradigma“ und die Stilisierung von Engelbert Dollfuß als österreichischen Patrioten sowie als Opfer des Nationalsozialismus in den Publikationen und Stellungnahmen konservativer HistorikerInnen. Brigitte Entner (Universität Klagenfurt) und Mirko Messner (einer der beiden KPÖ-Bundessprecher) referierten zur Frage des Umganges mit der slowenischen Minderheit in Kärnten als WiderstandskämpferInnen gegen den Nationalsozialismus („Bandengebiet! Der Kampf der PartisanInnen und die Kärntner Politik nach 1945“). Während sich Entner vor allem mit den deutschnationalen Kärntner Heimatverbänden beschäftigte, wählte Messner – selbst Kärntner Slowene – eine Innenperspektive und gab dabei historisch interessante Einblicke in die Sozialstruktur der slowenischen Minderheit in der Ersten Republik. Unter dem Titel „Die Erfindung der Familie. Zur Naturalisierung des bürgerlichen Familiendidylls“ waren die Vorträge von Ilse Reiter-Zatloukal und Reinhard Sieder (beide Universität Wien) zu hören. Herbert Schui (ehemals Professor für Volkswirtschaftslehre in Hamburg und Mitbegründer der WASG) und Bernhard Walpen (Autor von Büchern zum Neoliberalismus und zur Mont Pèlerin Society) befassten sich mit „De(m) unfähigen Staat. Neoliberale Hegemonialstrategien und ihre Ge-

schichte“. Zäsuren jüngster österreichischer Zeitgeschichte behandelten Robert Knight (Universität Loughborough, UK) mit dem Schwerpunkt Waldheim-Debatte und Christian Klösch (Wien) mit seinem spannenden Vortrag über die bilateralen Maßnahmen der EU-14 nach dem Regierungseintritt der FPÖ im Jahre 2000 auf dem Panel „„Jetzt erst Recht!’ Die Mechanismen des österreichischen ‚Nationalen Schulterchlusses‘“.

Die beiden Podiumsdiskussionen über „Ein Haus für die Geschichte“¹ sowie zum Thema „Macht Geschichte Herrschaft?“² führten doch teilweise in die Untiefen der österreichischen tagespolitischen Diskussion. Besonders die zweite Podiumsdiskussion fiel inhaltlich ähnlich unklar aus wie ihr Titel „Macht Geschichte Herrschaft?“². Dabei nahm sich Walter Tancsits sogar heraus zu behaupten, dass man/frau darüber diskutieren könne, ob der Nationalsozialismus links oder rechts war. Als positiver Höhepunkt der ersten Podiumsdiskussion muss Doron Rabinovicis Einwand gewertet werden, bei aller Pluralität der Deutungen zur österreichischen NS-Vergangenheit und zum Umgang mit derselben in einem möglicherweise zu errichtenden „Haus der Geschichte“ dieser Interpretationsvielfalt dort klare Grenzen zu setzen, wo revisionistisches, NS-verharmlosendes, rechts-extremes oder antisemitisches Gedankengut als eines von vielen nebeneinander existierenden Deutungsangeboten Einzug nehmen könnte.

Die internationale Konferenz „Herrschaft. Macht. Geschichte – Zur Politik mit dem Vergangenen“, zu der im Wiener Verlag „Braumüller“ auch ein Tagungsband erscheinen wird, versammelte eine Vielzahl hochkarätiger Vortragender. Im breiten Themenspektrum völlig gefehlt hat der Aspekt von Vergangenheitspolitik in einer Migrationsgesellschaft, was aber gerade für den österreichischen Zusammenhang von großer Relevanz gewesen wäre.

Tagungsbericht *Herrschaft. Macht. Geschichte – Internationale Tagung zur Politik mit dem Vergangenen*. 07.11.2006-09.11.2006, Wien. In: H-Soz-

¹ TeilnehmerInnen: Dieter Binder, Historiker, Graz; Eva Blimlinger, Historikerin, Wien; Günther Burkert-Dotollo, Politikwissenschaftler und bis vor kurzem Leiter der ÖVP-Parteiakademie; Doron Rabinovici, Historiker, Autor und Essayist, Wien; Heidemarie Uhl, Historikerin, Graz und Wien.

² TeilnehmerInnen: Isolde Charim, Philosophin, Wien; Caspar Einem, NRBg. SPÖ; Hubert Feichtlbauer, Publizist, Wien; Michaela Sburny; NRBg. Grüne; Walter Tancsits, NRBg. ÖVP bis 2006.

u-Kult 24.11.2006.